

**Schutz der Stiftung – Die Stiftung und ihre Rechtsverhältnisse im Widerstreit der Interessen**

*Jakob, Dominique*

Verlag Mohr Siebeck, Tübingen  
2006, ISBN 3-16-149100-9, 600 S.,  
110,- €

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2005/06 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Habilitationsschrift angenommen. Untersuchungsgegenstände sind das Zusammenspiel der in einer Stiftung wirksamen Kräfte und die daraus resultierenden Gefahren und Möglichkeiten. Ziel der Arbeit Jakobs ist es, durch rechtspolitische Veränderungsvorschläge an den Gesetzgeber sowie Gestaltungshinweise an potentielle Stifter und die Rechtspraxis die Stiftung als Rechtsfigur zu stärken und dabei allen erlaubten Stiftungstypen das passende Schutzsystem zur Seite zu stellen.

Der Schutz der Stiftung als altbekanntes Problemfeld habe durch die Wandlung der historisch primär gemeinwohlorientierten Stiftungskonzeption wieder aktuelle Brisanz gewonnen, da „die Stiftung nicht mehr (nur) Sklavin ihres ideologisch gebundenen Vermögens sei, sondern ein Instrument wirtschaftlicher Initiative des Stifters“ (S.19). Diese neue Ausgangslage durch die Zunahme der Stiftungszwecke verlange auch ein Überdenken des Schutzes und der Schutzqualität der Stiftung. Dies betreffe sowohl die Schutzbedürftigkeit als auch die Schutzwürdigkeit.

Im Ausgangspunkt seiner Arbeit untersucht Jakob präzise die Rechtsverhältnisse der Stiftung zu den einzelnen (möglichen) Stiftungsbeteiligten, d.h. dem Stifter, den Destinatären, dem Vorstand, einem internen Kontrollorgan (Beirat), der staatlichen Aufsicht sowie dem übrigen Rechtsverkehr. Darüber hinaus werden auch die Rechtsverhältnisse der Stiftungsbeteiligten untereinander eingehend beleuchtet. Im Folgenden bündelt, strukturiert und typisiert er die sich daraus ergebenden Einzelinteressen. Dabei deckt der Verf. mögliche Kon-

fliktpotenziale und die stiftungstypischen Gefährdungslagen auf, stellt vorhandene Schutzmechanismen gegenüber und macht Schutzlücken sichtbar. Rechtsvergleichend richtet Jakob stets den Blick auf ähnlich strukturierte Stiftungsrechtsordnungen und versucht, Erfahrungen und Erkenntnisse dieser Rechtsmodelle zu übertragen bzw. nutzbar zu machen.

Im Ergebnis appelliert Jakob einerseits an die Stifter bzw. die Beratungspraxis, die dargestellten potentiellen Konfliktsituationen zu antizipieren und diese in präventiver Gestaltungsverantwortung durch ein diffiziles Netz an Satzungsbestimmungen bereits im Ansatz zu verhindern. Dabei solle im Regelfall – natürlich unter Berücksichtigung der jeweiligen Art der Stiftung – die Destinatärsstellung gestärkt und grundsätzlich ein internes unabhängiges Kontrollgremium eingerichtet werden. Darüber hinaus sei es geboten, durch die Schaffung gegenseitiger Auskunftsansprüche die Transparenz zu erhöhen, um Unregelmäßigkeiten bereits im Anfangsstadium entgegenwirken zu können und Glaubwürdigkeit zu schaffen. Andererseits weist der Verf. jedoch auf Schutzlücken des deutschen Stiftungsrechts hin, die durch satzungsaunome Bestimmungen nicht gänzlich zu schließen seien und das Einschreiten des Gesetzgebers erforderlich machten. Wiederum mit rechtsvergleichendem Blick auf die Schweiz und Lichtenstein plädiert er für eine allgemeine Stiftungsaufsichtsbeschwerde aller persönlich Betroffenen zur Überprüfung der Handlungen der Stiftungsorgane. Darüber hinaus sei die gesetzliche Einführung von Inkompatibilitätsvorschriften im Bereich der (internen) Kontrolltätigkeit anzuraten, um stiftungsschädlichen Interessenskollisionen vorzubeugen. Demgegenüber habe sich das staatliche Aufsichtssystem unter Stiftungsschutzaspekten weitestgehend bewährt.

Die Arbeit Jakobs leistet einen äußerst wertvollen Beitrag zur Diskussion um den Schutz der (vermeintlich) besonders anfälligen – da mitgliederlosen – Rechtsform Stiftung. Seine kla-

ren - empirisch belegten - Analysen der potentiellen Konfliktherde in der Nachgründungsphase der Stiftung sind jedem Stiftungsgründer zur eingehenden Lektüre zu empfehlen. Sie bieten einen kompletten Querschnitt der möglichen und teilweise vorprogrammierten Streitigkeiten im Umfeld der Stiftung. Auch den Ausführungen zur weiteren Stärkung der Destinatärsrechte und der Aufforderung zur transparenteren Ausgestaltung ist zuzustimmen. Die Verwirklichung dieser Ratschläge - insbesondere auch an den Gesetzgeber - böte die Möglichkeit zur weitgehenden internen Selbstregulierung der Stiftung, die eine repressive staatliche Aufsicht in den Hintergrund treten lassen könnte.

Auch in der aktuellen Debatte um eine weitere Liberalisierung der Stiftungsaufsicht und der somit rechtspolitisch erwünschten Verschlinkung der Verwaltung lassen sich aus Jakobs Arbeit beiderseits verwendbare Argumente gewinnen, ohne dass dies ein Hauptanliegen des Verf. gewesen ist. Einerseits zeigt Jakob, dass innerhalb der rechtsfähigen Stiftung deutschen Rechts mit keinen oder nur geringen gesetzlichen Modifikationen und wenigen in der Eigenverantwortlichkeit des Stifters liegenden Gestaltungsmöglichkeiten hinreichende Schutzmechanismen greifen. Andererseits sieht der Verf. in einer starken staatlichen Stiftungsaufsicht auch weiterhin einen wesentlichen und unverzichtbaren Bestandteil auf dem Weg zu einem geschlossenen stiftungsrechtlichen Schutzsystem.

Alles in allem stellt die Habilitationsschrift von Jakob damit eine nachhaltige Bereicherung für die stiftungsrechtliche Forschung dar, wobei sie sich erfreulicherweise von Theorie und Praxis gleichermaßen gesättigt erweist. Der Arbeit ist in Wissenschaft und Praxis weite Verbreitung zu wünschen.

*Prof. Dr. Martin Schulte\**

\* Der Verfasser ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht unter besonderer Berücksichtigung von Umwelt- und Technikrecht an der Technischen Universität Dresden.